



WERNER HEINE

WIE ES IST,
DARF ES
NICHT
BLEIBEN

Über den Wert
der westlichen Werte

Das Neue Berlin

Vorwort

Diese Geschichte beginnt mit einem Cappuccino im Café Hadley's im Hamburger Stadtteil Rotherbaum. Das Café, benannt nach der ersten Frau Ernest Hemingways, wurde vor 25 Jahren in der ehemaligen Notaufnahme des Rote-Kreuz-Krankenhauses Beim Schlump eingerichtet, nachdem ein Investor den unpraktisch gewordenen Prunkbau aus der Zeit des kaiserlichen Gesundheitswesens erworben hatte, um die Krankensäle in gewinnbringende Mietwohnungen zu verwandeln. Seit damals betreibt Tina das Café, unsere Schwiegertochter und Mutter unserer Enkelinnen Hadley und Hannah, und sie hatte von Anfang an den Ehrgeiz, hier, am Rande des Univiertels, Raum und Gelegenheit für Gespräche und Musik zu schaffen. Deshalb bat sie immer wieder Dozenten aus den umliegenden Instituten in ihr Café, um dort Vorträge zu halten über Themen wie „Was ist eigentlich Geld?“ oder „Wie laut war der Urknall?“

An einem Sommertag im Jahr 2017 – in den USA regierte der ehemalige TV-Entertainer Donald Trump und erschreckte die europäischen Leitartikler mit der Ankündigung, die NATO aufzugeben, weil sie „obsolet“ sei – hatte Tina einen Professor aus dem benachbarten Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik für einen Vortrag mit Diskussion gewonnen. Das Thema, zu dem sich rund fünfzig Zuhörer eingefunden hatten, überwiegend weiblich, allesamt gebildet und wissbegierig, lautete, der trüben Nachrichtenlage entsprechend: „Bricht der Westen auseinander?“ In einer Ecke saßen auch ihre Tochter Hadley, damals gerade zwanzig und Politik-Studentin im englischen Colchester, und ich, weil Tina uns darum gebeten hatte: „Das wird euch interessieren.“

Das tat es dann auch, aber anders als erwartet. Denn was wir die folgende Stunde hörten, war eine sehr konventio-

nelle Beschreibung der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, wie sie jedem Leser von „Welt“, „Bild“ oder „FAZ“ vertraut ist – eine Abfolge von Bedrohungen des Westens durch den kommunistischen Osten, von Kaltem Krieg und friedenssicherndem Handeln der NATO und der westlichen Regierungen und von der wirtschaftlichen Vernunft der Deutschen, die doch jede Menge Klippen zu bewältigen hatten wie die Gefährdung der Banken durch die Hypothekenkrise in den USA, die des Euro durch die maßlos verschuldeten Griechen, und auch noch durch den Wirbel, den der Brexit erzeugen würde. Der Vortrag wie die Wortmeldungen hinterher hatten einen Tenor: Die Deutschen, immer wieder schuldlos in die Opferrolle gedrängt, hatten umsichtig alle Krisen bewältigt, und ihrer Beharrung auf den westlichen Werten, die doch nur Gutes bringen konnten wie bisher, würde es zu verdanken sein, wenn der nationalistisch verblendete Trump mit seinem Ziel, das Bündnis zu zerschlagen, scheitern werde. Und ich saß da und dachte daran, dass ich mal wieder Zeuge war, wie wir Deutschen uns als die Guten feiern, an deren Friedlichkeit nicht zu zweifeln ist. Es war eine Lehrstunde über das Walten von Vorurteilen und das warme Gefühl von Überlegenheit, das sie erzeugen.

Als Tina hinterher wissen wollte, was ich von der Veranstaltung hielt, sagte ich, das ließe sich nicht in ein paar Sätze fassen. Das müsse ich aufschreiben. Was ich dann tat – zunächst für Hadley, aber auch für unsere beiden anderen Enkelinnen Hannah und Sophie, und für jeden, den ich für die Frage gewinnen kann, warum man gar nicht darum herumkommt, seine Vorurteile zu überwinden und folgerichtig ein Linker zu sein. Ja was denn sonst?

Liebe Hadley,

vor einiger Zeit haben wir gemeinsam einem Friedensforscher zugehört, der zum Thema „Bricht der Westen auseinander?“ sprechen wollte, der aber schon bei der Definition dessen, was denn das wohl sei, der Westen, in die zu erwartenden Schwierigkeiten geriet und diesen dann als ein kulturelles Phänomen bezeichnete, das auf den Gedanken von Hobbes, Locke und Kant fuße. Diese Philosophen hätten ein Wertesystem entwickelt, auf das sich dann die Französische Revolution berufen habe, deren Botschaft von bürgerlicher Freiheit, von Gleichheit und Brüderlichkeit den bis heute gültigen westlichen Wertekanon begründe, auf den sich die europäischen und nordamerikanischen Staaten bezögen. Nun zucke ich immer zusammen, wenn jemand von *unseren* Werten spricht, denn *meine* Werte sind das meistens nicht. Ich will zum Beispiel auf keinen Fall, dass meine Freiheit am Hindukusch verteidigt wird – ich bezweifle ja schon stark, dass irgendjemandes Freiheit irgendwo mit Panzern und Bomben zu verteidigen sein könnte. Und ich will auch nicht, dass unser Land freigehalten wird von anderer Leute Religionen, mögen die auch noch so seltsam sein. Ich will nicht, dass jemand, der die Hartz-Gesetze mit ihren Zumutbarkeitsregeln und Strafmaßnahmen für eine gute Sache hält, auch nur auf die Idee kommen könnte, er habe irgendwas mit mir gemein – oder gar mit Hobbes, Locke oder Kant. Und auch vom russischen Präsidenten, dem Lieblingsfeind aller Freunde westlicher Werte, fühle ich mich weit weniger bedroht als

von seinem Washingtoner Gegenstück und zwar unabhängig von der jeweiligen Besetzung.

Womit wir wieder beim Friedensforscher sind. Der ließ den philosophischen Grundlagen des Westens dessen jüngere Geschichte auf eine Art folgen, wie ich es zuletzt in der Schule bei meinen Geschichtslehrern hatte; eine bunte Folge von Machtausübung und Machtvakuum, in das dann immer die Falschen stoßen, von Kriegen, die sich konsequent ergeben, von friedentiftenden Abkommen, von Währungsreform und Kaltem Krieg, von Montanunion, EWG und den Verträgen von Rom und Maastricht. Die Krisen des letzten Jahrzehnts wurden vollständig aufgezählt, wie sie auch dem „Bild“-Leser geläufig sind: Finanzkrise, Staatsschuldenkrise, Eurokrise, Griechenlandkrise. Und gegen Krisen, das weiß auch der „Bild“-Leser, kann man praktisch nichts machen, das sagt ja schon der Name, höhere Gewalt eben. Als der Vortragende die Dekaden bundesdeutscher Geschichte in gebotener Kürze abhandelte, war mir, als wäre ich nicht dabei gewesen. An die letzten sieben Jahrzehnte habe ich ganz gut funktionierende, aber deutlich andere Erinnerungen.

Anfangen bei den Bombennächten im Luftschutzkeller am Meppener Markt, dem Hauptmann von der Wehrmacht, der die Nachricht vom Tod meines Vaters brachte, gefallen im Osten, in Libau, am Tag, als ich drei wurde, dem Einmarsch polnischer Regimenter der britischen Armee, dem verbotenen Spielen in den Trümmern auf der anderen Straßenseite, dem Sammeln von Bucheckern, gegen die meine Mutter Öl eintauschen konnte, dem Torfstechen im Versener Moor, damit wir im Winter was zum Heizen hatten, später die Einschulung im April 1948 und kurz darauf die Währungsreform. Noch Jahre später konnte meine Mutter sich darüber aufregen, dass alle Geschäfte am Tag danach wieder gefüllte Regale hatten –

musste nicht bis gestern noch gehungert werden, weil es nichts gab? Dann dauerte es nicht lange und die Nachbarn fuhren mit ihrem Opel Kapitän über den Großglockner nach Venedig, was sie daheim mit bunten Aufklebern beweisen konnten. Und wir verkauften unser Klavier, damit wir was zum Anziehen hatten, denn Mutters Rente war winzig. Dass sie meinen Bruder und mich über diese Jahre brachte, war eine Leistung, die ich noch immer bewundere.

„Nein, euer Vater war kein Nazi“, war ein Satz, den mein Bruder Hans und ich oft gehört haben, der war ihr wichtig. Und sie? Genau wie all die Nachbarn, mit denen sie manchmal über die Vorkriegszeit redete, war sie in einer inneren Emigration gewesen, die zu dieser Zeit auch von allen schon so genannt wurde. Man hatte ja nicht anders gekonnt, man musste ja mitmachen. Und das, obwohl der Hitlergruß so entwürdigend war und dann noch die ewige Sammelei für das Winterhilfswerk. Bevor ich wusste, was die Deutschen angerichtet hatten, wusste ich, dass niemand von denen, die ich kannte, dabei mitgemacht hatte – und dass Nazis einfach nur peinlich waren.

Hatten die Braunhemden in manchen Dingen aber vielleicht doch recht gehabt?

Meine Oma, Deine Ururgroßmutter, zeigte mir auf der Europakarte, wie umzingelt das Deutsche Reich gewesen war, das doch so friedlich in der Mitte lag und aussah wie eine knieende, betende Jungfrau, wie Oma sagte. Im Wohnzimmerschrank standen Bücher wie Ettighoffers „So sah ich Afrika“, eine Lobpreisung der kaiserlichen Kolonialherrschaft in „Deutsch-Südwest“, die von den infamen Engländern beendet worden war, oder Rothackers „Das Dorf an der Grenze“, eine einzige Entlarvung der „polnischen Fratze“. Und hatten die Nazis uns nicht vor den schrecklichen Russen schützen wollen, die „nächstes Jahr mit ihren Panzern am Rhein“ stehen werden, wie eine

Nachbarin aus verlässlicher Quelle wusste und beim Einkaufen auf dem Markt weitersagte?

In der Volksschule sangen wir die melancholischen Lieder aus dem geraubten Ostpreußen, dem „Land der tausend Wälder, Land der tausend Seen“, und die Klassenkameraden aus den „Vertreibungsgebieten“ versammelten sich abends an den Lagerfeuern der „Deutschen Jugend des Ostens“. „In diesen schweren Zeiten“, wie sie der Osnabrücker Bischof Berning als Festredner auf der 300-Jahrfeier unseres Gymnasiums nannte – nicht die Zeiten der Nazis, mit denen er 1933 für die katholische Kirche das Reichskonkordat ausgehandelt und deren Führer Adolf Hitler er bei einem KZ-Besuch im Emsland einst mit dem wachküssenden Prinzen aus „Dornröschen“ verglichen hatte, sondern die frühen Fünfziger, in denen in Niedersachsen ein Sozialdemokrat regierte –, in diesen Jahren, in denen Historiker immer noch so etwas wie eine Stunde null zu entdecken versuchen, waren die Menschen, die ich kannte, damit beschäftigt, die Vergangenheit zu vergessen, ohne die Werte, die zu achten man sie gelehrt hatte, aufgeben zu müssen. „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein“, war das Credo der Nachkriegszeit, und nicht nur das des Nazi-Marinerichters und späteren CDU-Ministerpräsidenten Filbinger, der mit diesem Satz seine schändlichen Urteile verteidigte.

Nur das mit den Juden, das hätte nicht sein müssen. Unser Biologielehrer in der sechsten Klasse, ein katholischer Geistlicher, der „als Mann Gottes und als Ausspender seiner Geheimnisse“, so die Kirchenregel, auch im Unterricht den Priesterkragen zum schwarzen Anzug trug, fand den Mord an den Juden unmöglich. Andererseits hätte es so wie vor 1933 nicht weitergehen können. Kein Deutscher hätte mehr einen akademischen Beruf ergreifen können, überall Juden. Nur hätte man sie nicht

umbringen dürfen. Man hätte sie nach Madagaskar umsiedeln sollen, wie das mal im Gespräch gewesen sei. So lernte ich, dass die deutschen Juden, die man deportiert, misshandelt und vergast hatte, offenbar keine Deutschen gewesen waren; eine Betrachtungsweise, der es bis heute mancher Vorsitzende einer hiesigen jüdischen Gemeinde verdankt, dass ihm von seinen Mitbürgern gesagt wird, seine Regierung solle endlich die Rechte der Palästinenser achten.

Sie versuchten eben, uns ihre Werte weiterzugeben und gute Nazis aus uns zu machen, unsere Lehrer, Nachbarn, Eltern. Kann man es ihnen verdenken? Sie kannten es nicht anders und sie wollten es nicht anders. Die von den Siegermächten („Befreier“ hießen sie nur in der sowjetisch besetzten Zone, bei den Kommunisten also, woran man schon sah, dass das keine richtigen Deutschen sein konnten) angeordnete Entnazifizierung nannten sie mit Abscheu „Umerziehung“. Entsprechend fiel das Ergebnis der natürlich auch mit Nazis besetzten Spruchkammerverfahren aus und 98,6 Prozent aller vorgeladenen NSDAP-Mitglieder und Funktionsträger wurden als von jeder Sanktion befreite Minderbelastete oder Mitläufer eingestuft, darunter Leute wie der SA-Obergruppenführer Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha, Wahlkämpfer für Hitler, NSDAP-Mitglied seit Mai 1933, förderndes Mitglied der SS und auf seinen Auslandsreisen Repräsentant des Regimes, der als Mitläufer mit 5000 D-Mark Geldbuße davonkam. Von da an dauerte es nicht lange, bis die NS-Wirtschaftsführer wieder in den Vorständen der Großunternehmen saßen und die Mitgliedschaft in der SS – eben noch vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg als verbrecherische Organisation gebrandmarkt – als Referenz bei der Bewerbung um den höheren Posten galt. Nur wenige Jahre später gab es dann zum Ritterkreuz mit Eichenlaub

und Schwertern, das man noch hatte, das Großkreuz des neuen Bundesverdienstordens.

Man war wieder wer und war es immer gewesen.

Das war kein Neuanfang in Westdeutschland nach dem verlorenen Krieg. Das war die nun zur Demokratie umgeschminkte Fortsetzung des Deutschen Reichs mit dem alten Personal und den alten Werten, die jetzt nicht mehr die deutschen, sondern die westlichen hießen. Kommunisten und Schwule kamen wieder ins Gefängnis, manchmal verurteilt von denselben Richtern, die sie schon vor 1945 hinter Gitter gebracht hatten. Das neue Grundgesetz sicherte den NS-Beamten die Fortgeltung ihrer Rechte zu, vor allem ihre Pensionsansprüche, und auch die Familien der Mörder gingen nicht leer aus. Die Witwe des Blutrichters Freisler, der hunderte Nazi-Gegner aufs Schafott gebracht hatte, bezog nach '45 eine Kriegsoffiziersrente, die in den siebziger Jahren noch um 400 Mark aufgestockt wurde, weil ihr Mann, hätte er überlebt, nach dem Krieg sicherlich wieder eine hochbezahlte Stellung eingenommen hätte. Für den Ausgleich des Einkommensverlustes hatte sich die Bundesrepublik zuständig erklärt, die sich von dieser Alimentation von NS-Tätern erst trennte, nachdem Frau Freisler 1997 hochbetagt gestorben war.

Besonders rein konnte sich die Nazi-Ideologie in den Kreisen der aus den Ostgebieten vertriebenen Volksgenossen erhalten, die mit ihren Verbänden nicht nur um finanzielle Entschädigung kämpften, ziemlich erfolgreich, sondern auch um das Recht auf Rückkehr, also für die Revision der Nachkriegsgrenzen, und das bis heute. „Dreigeteilt niemals!“, lautete ihr Kampfruf, unter dem sie das Reich in den Grenzen von 1937 wiederhergestellt sehen wollten, in den siebziger Jahren dann die Ostpolitik der Brandt-Regierung zu sabotierten versuchten, und mit dem sie bis heute dafür sorgen, dass bei den östlichen Nachbarn

ein begründetes Misstrauen gegenüber der Friedfertigkeit der Deutschen wachgeblieben ist. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu Polen war für sie Verrat an deutschen Interessen, also ihren, und damit diese Interessen sich nicht biologisch erledigen, zählen sie alle ihre Nachkommen und deren Nachkommen ebenfalls als Vertriebene. So werden sie immer mehr statt weniger.

Gänzlich ungeschoren kamen die Generäle davon, die den Nazis die Unterwerfungs- und Vernichtungsfeldzüge in aller Welt organisiert hatten. Nach den Prozessen vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg, das einige wenige Hauptkriegsverbrecher schuldig gesprochen hatte, dauerte es nur zwei Jahre, bis das Fachwissen dieser Berufsgruppe wieder gefragt war.

Bevor Kanzler Adenauer ab 1950, ganze fünf Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation seiner Vorgänger, die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik angehen konnte, legten die Militärs der Wehrmacht ihm ein Papier vor, in dem sie sich von der Verantwortung für die Untaten des Dritten Reichs freisprachen. Erst nach ihrer Rehabilitation waren sie bereit mitzumachen. Die erhielten sie, und dann machten sie wieder mit. Die Führung der neuen Bundeswehr bestand überwiegend aus Nazi-Offizieren und SS-Leuten, und die Kasernen hießen nach Generälen wie Hitlers Lieblingsoffizier Werner Mölders, nach Eduard Dietl, einem Ur-Nazi mit der NSDAP-Mitgliedsnummer 24, oder nach Werner von Fritsch, der 1938 nach der Reichspogromnacht den „Kampf gegen die Juden“ gefordert hatte. Das Fortwirken des Dritten Reichs lässt sich für alle Gruppen der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft belegen, und so war es nur konsequent, dass nach Kriegsende auch der Widerstand gegen den NS-Staat geächtet blieb. Mit Ausnahme der Offiziere vom 20. Juli 1944, hauptsächlich dem ostelbischen Adel entstammend, überwiegend

enttäuschte Nazis wie der Judenverächter Stauffenberg, und nach dem Attentat allesamt hingerichtet, die jetzt als Vertreter eines anderen Deutschlands vorgezeigt wurden, trafen die Nazi-Gegner von einst auf den alten Hass. Willy Brandt, nach Norwegen emigrierter Sozialdemokrat, der von dort aus gegen die Nazis gearbeitet hatte, wurde von Adenauers CDU im Wahlkampf als Volksverräter beschimpft – mit Erfolg. Die Edelweißpiraten, eine Gruppe jugendlicher proletarischer Widerstandskämpfer aus dem Rheinland, wurden von der deutschen Justiz auch nach dem Krieg wie Straftäter behandelt und die letzten Überlebenden erst im Jahr 2005 rehabilitiert.

Wie die Nazis das deutsche Volk in Verruf brachten

Das alles wusste ich in den fünfziger Jahren auf dem Mepener Gymnasium mit seiner 300-jährigen Tradition natürlich nicht, aber ich bekam eine Ahnung davon, welche Kluft bestand zwischen dem humanistischen Bildungsauftrag der Schule, von dem unablässig die Rede war, und dem gesellschaftlichen Handeln, der Realität innerhalb und außerhalb der Schule. Die Lektüre von Wolfgang Borcherts antimilitaristischem Lehrstück „Draußen vor der Tür“ konnte ich in Klasse sieben gegen den verdrucktesten Widerstand des Deutschlehrers durchboxen. Aber zugleich priesen unsere Lehrer die Wiederbewaffnung und den Aufbau der Bundeswehr und schürten die Furcht vor den alten Feinden im Osten. Sie gaben uns die Heftchen aus dem Bonner Innenministerium zu lesen, die den Gänsefüßchen-Staat DDR anprangerten und die Schriften von Karl Marx als unwissenschaftliche Hetzpropaganda denunzierten.

War der 17. Juni 1953 mit den Aufständen in Ostberlin und anderen Städten der „Sowjetisch Besetzten Zone“

(SBZ) nicht der Beweis für den gewaltigen Irrtum, den der Marxismus darstellte?

War nicht der Kommunismus unser natürlicher Feind, genauso, wie es die deutsche Wehrmacht zuvor auch schon gesehen hatte?

Immerhin ließ die Schule es zu, dass wir Alain Resnais' Film „Bei Nacht und Nebel“, die Dokumentation der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau, sehen durften, was nicht selbstverständlich war. Andere Landesregierungen hatten das zu unterbinden versucht. Die Aufnahmen von den halbverhungerten überlebenden Häftlingen, die in ihrer Wirkung schwer zu übertreffenden Bilder von ausgemergelten Leichen, von Bergen aus Brillen und abgeschnittenen Haaren waren der Bundesregierung in ihrem Bemühen, die deutschen Verbrechen so schnell wie möglich vergessen zu machen, so zuwider, dass sie über ihren Botschafter in Paris gegen die Absicht protestieren ließ, den Film bei den Festspielen 1956 in Cannes zu zeigen. Der Film, so die Begründung durch den Staatssekretär im Bundesinnenministerium, könne „nur allzu leicht dazu beitragen, den durch die nationalsozialistischen Verbrechen erzeugten Hass gegen das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wieder zu beleben“. Der Mann, der hier ganz nebenbei die Nazis samt ihrer Verbrechen von den Deutschen zu trennen vermochte, als hätte es zwei verschiedene Bevölkerungen gegeben, hieß Hans Ritter von Lex. Als Reichstagsabgeordneter hatte er 1933 Hitlers Ermächtigungsgesetz zugestimmt und damit die Weimarer Verfassung abgeschafft, aber das galt im Nachkriegsdeutschland allenfalls als ein Schönheitsfehler in der Biografie. Der erste Bundespräsident Heuss, Inbegriff eines freundlichen und liberalen Deutschen, hatte schließlich damals auch gegen die Demokratie und für Hitler gestimmt. Und wie „Papa“ Heuss war Lex ein Gegner von

politischem Extremismus, jedenfalls vom linken. In seine Begründung für den erfolgreichen KPD-Verbotsantrag schrieb er 1955 an das Verfassungsgericht, die kommunistische Partei sei „ein gefährlicher Infektionsherd im Körper unseres Volkes, der Giftstoffe in die Blutbahn des staatlichen und gesellschaftlichen Organismus der Bundesrepublik sendet“. Ein Satz im vertrauten Nazi-Jargon, den er über die unentwegt aktiven Volksgenossen aus der NSDAP natürlich nie gesagt hätte oder gar über seinen Kollegen im Bundeskanzleramt, Hans Globke, vormals Kommentator jener Rassengesetze, die den Weg in den Holocaust bereitet hatten.

Das Wort Westbindung, mit dem später die Außenpolitik Adenauers gekennzeichnet wurde, kannte ich noch nicht. Aber etwas anderes als eine Gemeinsamkeit mit Frankreich, England und den USA hätte ich mir gar nicht vorstellen können. Die Sommerferien verbrachten wir zusammen mit Jungen und Mädchen aus dem nordfranzösischen Douai, die jedes Jahr per Schüleraustausch nach Meppen kamen. Viele meiner Klassenkameraden waren in der Europa-Union, schon wegen der Reisen nach Frankreich, die dort angeboten wurden. Im Germania-Kinos spielten sie sonntag-nachmittags die Western, in die ich als Zehnjähriger reinging und als John Wayne wieder rauskam. In Klasse acht durfte ich teilnehmen an einem Aufsatzwettbewerb der „New York Times“ mit dem Thema „The world we want“. Da beschrieb ich eine Weltregierung mit Sitz bei der UNO in New York, die alle Konflikte für immer friedlich beilegt; freilich ohne großen Erfolg, denn den ersten Preis, eine Woche bei der Zeitung in New York, musste jemand anders gewonnen haben. In der zehnten Klasse saß ich neben Linda Maria Johnson, einer Austauschschülerin aus Westwood/Massachusetts, die von Sinatras Stimme so schwärmte wie ich und die, wieder da-

heim, mir eine Platte von Ella Fitzgerald schickte, die es in Meppen nicht zu kaufen gab. Meine Musik war der Blues, unverwechselbar gespielt von Louis Armstrong, den ich mit seinen All Stars ein Jahr vor dem Abi in der Münsterlandhalle erlebte. Und unsere Helden jener späten fünfziger Jahre waren die Gauloises rauchenden, Rollkragenpulli tragenden Existentialisten vom Café de Flore in Paris, eine Gruppe junger Philosophen um Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir. Albert Camus' „Mythos von Sisyphos“, die Parabel vom Menschen in einer absurden Welt, traf mein Lebensgefühl und das meiner Freunde. Und das war eindeutig westbound – wenn auch nicht so unkritisch und gläubig, wie unsere Lehrer das gerne gehabt hätten.

Die USA als ein Hort der Demokratie und der Menschenrechte?

Daran glaubte ich schon zu Schulzeiten nicht mehr, als ich erfuhr, dass Bessie Smith, die „Kaiserin des Blues“, 1937 hatte sterben müssen, weil ein Krankenhaus, in das sie nach einem Verkehrsunfall schwerverletzt eingeliefert worden war, die Behandlung der schwarzen Sängerin abgelehnt hatte. Die Diskriminierung der Schwarzen, in den Südstaaten der USA bis Ende der sechziger Jahre gesetzlich geschützt und durch Rechtsprechung abgesichert, hatte wenig zu tun mit der poetischen Zusicherung der von John Locke inspirierten Unabhängigkeitserklärung: „Dass alle Menschen gleich geschaffen sind“ – eine der Wahrheiten, die selbstverständlich sind, und von denen wir lernten, dass sie den Kern des westlichen Wertekanons bildeten. Selbstverständlich war vielmehr, dass die gesetzte Norm und die gesellschaftliche Realität weit auseinanderklafften, und das nicht nur in den USA.

Mitte der zwanziger Jahre, als überall in Europa Faschisten auf dem Vormarsch waren und die bestehenden republikanischen Verfassungen zu beseitigen begannen und au-

toritäre, ständestaatliche und rassistische Regimes errichteten – in Italien, Spanien, Portugal, Ungarn –, hatte der US-Staat Virginia sein Racial Integrity Act verabschiedet, ein Gesetz, das die sogenannte gemischtrassige Ehe verbot und die Zwangssterilisierung von Geistesschwachen erlaubte, wovon fast 7000 Mal Gebrauch gemacht wurde. Eines der Opfer war Carrie Buck, eine 18-jährige Frau, die vom Neffen ihrer Pflegeeltern vergewaltigt und dann, zur Vertuschung dieser Tat, als schwachsinnig in eine staatliche Anstalt abgeschoben worden war, wo sie sterilisiert wurde. Der Fall kam vor das Oberste Gericht von Virginia, das die Rechtmäßigkeit der Sterilisation bestätigte. Richter Oliver Wendell Holmes Jr. schrieb ins Urteil, dass die Welt besser dran sei, wenn die Gesellschaft die Fortpflanzung jener verhindern könne, die sich als dafür ungeeignet erwiesen hätten. Eine dieser selbstverständlichen Wahrheiten? Richter Holmes war ein weithin geachteter Jurist, als er, nach vielen Jahrzehnten am Supreme Court, hochbetagt 1935 starb. Von ihm blieb der Satz, dass die Verfassung ein Experiment sei, wie das ganze Leben auch. Die Menschenrechte ein Spiel von Versuch und Irrtum? Zum Ausprobieren?

Es dauerte einige Jahre, bis ich begriff, dass Verfassungsgebot und Verfassungswirklichkeit zwei sehr verschiedene Dinge sind, die bestenfalls in seltenen Momenten übereinstimmen. Der alltägliche Konsens, unser gesellschaftlicher Klebstoff, beruht auf der Annahme, dass wir die Guten sind. Wäre das nicht so, würden wir ja was ändern. Wenn dann aber die anderen, die wir, natürlich begründet, als die Bösen ausmachen, sich selbstverständlich auch für die Guten halten, besteht ein Problem, dem mit Logik nur schwer beizukommen ist. Hier begeben wir uns auf das weite Feld der Konfliktlösung, das mit Appellen an die Einsicht beginnt und immer wieder mit Krieg endet.

Unser Friedensforscher wäre gefordert. Dem aber

scheint sich die Frage nie gestellt zu haben, ob wir, also wir Westdeutschen mit unseren westlichen Werten, wirklich immer im Recht oder wenigstens auf der richtigen Seite waren. Eine Frage, die ich mir immer öfter stellte, und immer öfter hieß die Antwort nein.

Der Kalte Krieg, wie er seit 1947 hieß, der Krieg der Systeme zwischen gut auf unserer und böse auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs, wurde anderswo auf der Welt blutig und mit großem Materialeinsatz ausgetragen. In Korea ab 1950 mit viereinhalb Millionen Toten, in Vietnam ab 1946 erst unter französischer Regie mit einer halben Million, dann ab 1965, mit dem Beginn des Flächenbombardements durch US-Flugzeuge, mit geschätzten fünf Millionen Toten. Und das waren nur die einheimischen Opfer. Die USA, Verteidiger der westlichen Werte und Anhänger der sogenannten Domino-Theorie – fällt nur eines der südostasiatischen Länder dem Kommunismus anheim, fallen sie alle –, kamen in Vietnam mit knapp 60.000 Toten davon, in Korea mit 40.000. Für unsere Lehrer waren die blutigen Auseinandersetzungen in Afrika oder Fernost Kolonialkriege, ausgelöst durch kommunistische Aufstände nach dem Abzug der westlichen Ordnungsmächte, Beweis dafür, dass die „in die Unabhängigkeit entlassenen Völker“, wie es gerne hieß, nicht reif genug waren für ihre Freilassung. So stand es in der Zeitung, so lernten wir es im Unterricht. Der europäische und US-amerikanische Kolonialismus, der sich in den Nachkriegsjahren gerade von der unmittelbaren, militärisch gestützten Herrschaftsform zu einer durch wirtschaftliche Abhängigkeit begründeten, mittelbaren wandelte – was, beim gleichen Ergebnis, bedeutend billiger kam –, wurde mit diesem Argument im Nachhinein gerechtfertigt. Und in der Öffentlichkeit entstand der irreführende Eindruck, der Westen, also wir, korrigiere mit dem Einholen ameri-

kanischer, britischer, französischer oder belgischer Fahnen in Asien, Afrika und anderswo eine jahrhundertlange Fehlentwicklung. Auch diese Täuschung durchschaute ich erst Jahre später.

Dass die „Vasallenstaaten“ Moskaus in Osteuropa nur deshalb existierten, weil die Sowjetunion dort ihre Panzer stationiert hatte, war für uns Jugendliche offensichtlich, seit wir die Bilder von der Niederschlagung der Aufstände in der DDR 1953 und Ungarn 1956 gesehen hatten. Auf Radio Free Europe hörten wir die flehentlichen Rufe der ungarischen Regierung nach militärischem Beistand, weil sonst die „Fackeln der Freiheit auf den Zinnen Europas erlöschen“. Aber der Westen konnte seine Werte nicht so durchsetzen, wie er es gern getan hätte. Jede militärische Auseinandersetzung hätte mit der Zerstörung der Welt enden können, seit auch die Sowjetunion ab 1949 über Atomwaffen verfügte und unklar blieb, ab welcher Schwelle sie diese einsetzen würde. Das atomare Gleichgewicht des Schreckens sorgte in Europa für einen Frieden mit geballten Fäusten und knirschenden Zähnen.

Aber dieses Gleichgewicht war alles andere als labil. Es wirkte auf beiden Seiten der Demarkationslinie stabilisierend und identitätsstiftend. Der aus Angst vor dem Untergang erzwungene Verzicht auf den finalen Waffengang schuf Raum für den Wettkampf der Systeme, für das vom Konsum beflügelte Wirtschaftswachstum im Westen und für den raschen Aufbau der Schwerindustrien im Osten.

Die westlichen Werte – das waren jetzt Teilhabe am Wohlstandsversprechen des Kapitalismus (CDU-Wahlkampfparole: „Wohlstand für alle“) und Beteiligung am Militärbündnis gegen den kommunistischen Feind im Osten. „Freiheit und Verantwortung“ hieß eine der PR-Parolen dieser Politik, deren Vermittlung Fragen aufwarf. Unser Deutschlehrer in Klasse acht, ein bekennender Kon-

servativer, wunderte sich vor uns Schülern darüber, dass ausgerechnet die Materialisten im Osten sich um Solidarität nach innen und nach außen bemühten, während es den Idealisten im Westen erkennbar allein ums Materielle ging, um die Anhäufung und Vermehrung von Reichtum.

Denn der stellte sich in der Bundesrepublik bald nach Kriegsende wieder ein, angestoßen von einer bis heute als großzügig gepriesener Aufbauhilfe aus den USA, dem sogenannten Marshallplan. In den USA hatte sich 1947 die Ansicht durchgesetzt, dass man das vom deutschen Krieg zerstörte Europa, die in Gründung befindliche Bundesrepublik eingeschlossen, als Lieferanten wie als Kunden nicht verlieren dürfe. Deshalb verabschiedete der Kongress 1948 das European Recovery Program (ERP) im Umfang von 14 Milliarden Dollar, von denen in den folgenden vier Jahren ein Zehntel, 1,4 Milliarden, an die BRD ging; zum Teil als Rohstoffe oder Lebensmittel, zum Teil als Darlehen für den Einkauf in den USA und ganz überwiegend als Kredit. Obwohl die Leihgabe nur etwa drei Prozent des damaligen BRD-Bruttosozialprodukts ausmachte, wurde der wirtschaftliche Zweck erfüllt und die Produktion angeschoben. Wichtiger aber war das erreichte politische Ziel: Der Marshallplan gilt zu Recht als grundlegend für die Spaltung Europas, als Startsignal für den Kalten Krieg. Mit ihm konnten die Sowjetunion, die erwartungsgemäß eine Teilnahme abgelehnt hatte, isoliert und die wirtschaftliche Spaltung des Kontinents zementiert werden. Die westlichen Werte rechneten sich jetzt auch in Europa in Dollar und Cent.

Für uns Schüler, im Frühjahr 1948 noch allesamt unterernährt, brachte der Marshallplan die Schulspeisung, meistens Milchbrei mit Kakaogeschmack, und zu Hause klitschiges Brot aus Maismehl. Niemals aber haben wir gehört, dass der neue Wohlstand, der sich bald bemerkbar machte, von Übel sei, da er doch aus zusätzlicher Staats-

verschuldung stammte. Diese Skandalisierung der buchhalterischen Selbstverständlichkeit, dass jedes Wirtschaftswachstum, jedes zusätzliche Produkt, einen Kredit voraussetzt, kam erst mit dem Siegeszug des Neoliberalismus fünf Jahrzehnte später in Mode. Auch an die Londoner Gläubigerkonferenz von 1953, die der jungen Republik die Hälfte der Auslandsschulden strich und jegliche Zahlung von Reparationen auf den fernen Tag verschob, an dem ein Friedensvertrag die Frage regeln würde – der dann nie kam –, habe ich keine Erinnerung. Aber von einem Mann namens Hermann Josef Abs, der den Siegern den Schuldenerlass abgetrotzt hatte, war damals zu Hause schon die Rede. Dass dieser Mann während des Krieges als „Arisierungsbeauftragter“ der Deutschen Bank kräftig mitgeholfen hatte, die nach Auschwitz, Buchenwald oder Dachau deportierten Mitbürger jüdischen Glaubens um ihre Geschäfte, Fabriken und Grundstücke zu bringen, hörte ich wiederum erst Jahre später. Aber auch da war Abs immer noch der geachtete und mit Regierungsaufträgen versehene Banker, den der Bundespräsident Lübke am liebsten als Außenminister gesehen hätte, und das blieb so bis zu Abs' Tod in den neunziger Jahren. Bis dahin konnte sich die Bundesrepublik auch noch hinter seinem Londoner Schuldenabkommen verschanzen, um alle Entschädigungsansprüche überlebender Zwangsarbeiter aus dem Osten juristisch abzuwehren.

Erst als diese Opfer deutscher Politik sich ab 1998 mit erfolversprechenden Zivilklagen vor US-Gerichten gegen deutsche Unternehmen bemerkbar machten und außerdem auf eine Gruppe von überschaubarer Größe geschrumpft waren, fand sich die deutsche Regierung unter Gerhard Schröder bereit, über eine pauschale Abfindung aller Ansprüche zu verhandeln. Es wurde eine gemeinnützige, d. h. für die Geber steuersparende Stiftung eingerich-

tet, deren Kapital die BRD und die ehemaligen Profiteure von Zwangsarbeit, Konzerne wie VW, Siemens, BMW oder Daimler, je zur Hälfte bereitstellen sollten – insgesamt zehn Milliarden D-Mark. Die Verhandlungen darüber durfte ausgerechnet Otto von Lambsdorff führen, der FDP-Graf und Ex-Außenminister, der mit seiner Partei in Nordrhein-Westfalen nach dem Krieg tatkräftig die Amnestierung und Rehabilitierung von SS-Tätern betrieben hatte, darunter Dr. Werner Best, vormals Stellvertreter des SS-Obergruppenführers Reinhard Heydrich, des Beauftragten für die „Endlösung der Judenfrage“, und der später das Haus Flick anwaltlich vertrat, das seinen Reichtum nicht zuletzt der Ausbeutung von 50.000 Zwangsarbeitern verdankte, von denen ein Viertel zu Tode geschunden worden war. Lambsdorffs Bemühungen, den Beitrag der deutschen Wirtschaft zusammenzutragen, schleppten sich über zwei Jahre hin, bis einer Richterin in New York der Kragen platzte und sie ankündigte, nunmehr Schadensersatzklagen gegen deutsche Banken zuzulassen. Das half. Eine Woche später waren die geforderten fünf Milliarden Mark beisammen, die Auszahlungen konnten beginnen: bis zu 7669 Euro für jahrelange Zwangsarbeit in KZ-Haft, bis zu 2556 Euro für Zwangsarbeit in der deutschen Industrie. Lambsdorffs Mandant Friedrich Karl Flick, dessen Privatvermögen bei Kriegsende auf etwa drei Milliarden Reichsmark geschätzt wurde und dem der Graf auch durch eine Parteispendenaffäre und gemeinschaftlich begangene Steuerhinterziehung verbunden war, verweigerte allerdings seinen Beitrag für den steuerbegünstigten Entschädigungstopf, der den poetischen Namen „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ erhielt – ein überzeugendes Beispiel dafür, wie sich noch das hässlichste Gefeiß als von Moral geleitetes Handeln verkaufen lässt.

Mit dem Einsatz von Geld für politische Zwecke hatte die Republik Erfahrung von Beginn an. Kaum war die sich demokratisch nennende Bundesrepublik wirtschaftlich auf die Beine gekommen, setzte sie alles daran, die sich volksdemokratisch nennende Konkurrenz im Osten zu schwächen und außenpolitisch zu isolieren. Jedes Land der Welt, außerhalb des sogenannten Ostblocks, das die völkerrechtliche Anerkennung der von Adenauer verächtlich genannten „Soffjettzone“ anstrebte, wurde wegen dieses unfreundlichen Aktes mit dem Entzug der diplomatische Beziehungen seitens der BRD und der Streichung aller damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile bedroht. Nach dieser „Hallstein-Doktrin“ genannten Richtlinie wurden nahezu alle in den fünfziger und sechziger Jahren neu entstehenden Staaten Afrikas und Asiens daran gehindert, diplomatische Beziehungen zur DDR aufzunehmen. Das frisch gegründete Guinea, das 1960 einen Botschafter nach Ostberlin geschickt hatte, rief diesen eilig zurück, nachdem Bonn mit dem Rückzug seines Botschafters gedroht hatte.

Schwieriger war die Lage auf dem Balkan. Da regierte in Jugoslawien der Sozialist Tito, den man als Gegner Stalins und seiner Nachfolger brauchen konnte, der aber auch Verbindungen zum SED-Chef Ulbricht und der DDR aufrechterhielt. Da rief die BRD 1957 ihren Botschafter zurück und ersetzte ihn durch einen Generalkonsul; eine Lösung, wie sie nur Diplomaten einfallen konnte. Sich selbst schaden wollte man schließlich nicht, lediglich dem Feind im Osten, und das blieb so, bis mit dem SPD-Kanzler Willy Brandt ab 1969 eine neue Ostpolitik gestartet wurde. Da wollte man den Feind zwar immer noch besiegen, aber jetzt nach einer Doktrin, die sich Wandel durch Annäherung nannte. Das klang freundlich und kostete außerdem viel weniger.

„Nehmt Ulbricht in die Arme“, hatte Rudolf Augstein im August 1962 in seinem „Spiegel“ gefordert, der seit Schulzeiten meine Montagslektüre war. Das klang revolutionär in einer Zeit des verbissenen Antikommunismus und der Schüsse an der Mauer, die seit einem Jahr Berlin teilte. Aber das sollte keine Zuneigung ausdrücken. Er forderte nur eine andere, wirksamere Strategie: „Klagt nicht an der Mauer, sondern erdrückt Ulbricht, indem ihr ihn umarmt!“ Dieser Aufruf zum Totschlag durch Erdrosseln führte 27 Jahre später, nach viel Annäherung und Milliardenkrediten aus dem Westen, schließlich zum Erfolg, als das SED-Politbüromitglied Schabowski am Abend des 9. November 1989 den ungehinderten Grenzverkehr ausrief, die Öffnung der Mauer – „ab sofort“. Doch im August 1962, nur Tage bevor Peter Fechter, ein 18-jähriger Maurer aus Ostberlin, bei der Flucht tödlich getroffen, im Grenzstreifen verblutete, war Abscheu vor dem Zwangsregime, vor den Mauermördern, ein geradezu verpflichtendes Grundgefühl, ein Kernstück westlicher Werte. Die Frage, ob die Rettung des verwundeten Jungen aus dem Niemandsland vielleicht auch deshalb unterblieben war, weil die DDR-Grenzer fürchten mussten, ins Feuer westlicher Grenzschilder zu geraten, wurde damals nicht gestellt, obwohl kurz zuvor zwei DDR-Soldaten in ähnlicher Situation erschossen worden waren, wovon die westliche Presse kaum Notiz genommen hatte und weshalb auch ich diese Vorfälle nicht kannte. Aber Augsteins Aufruf im „Spiegel“ empfand ich als befreiend, weil ich wollte, dass der Konflikt mit Vernunft gelöst werden sollte. Bei diesem Blatt wollte ich mal arbeiten.

Dieser Wunsch wurde noch drängender, als knapp drei Monate später CSU-Chef und Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, ein Intimfeind des „Spiegel“, dafür sorgte, dass die Bundesanwaltschaft am Freitag, dem 26. Oktober 1962,

mit einem großen Polizeiaufgebot die Redaktionsräume des „Spiegel“ im Pressehaus am Speersort besetze, die Druckfahnen der laufenden Ausgabe beschlagnahmte, die Chefredakteure Engel und Jacobi und weitere Mitarbeiter sowie den Redakteur Conrad Ahlers im Urlaub in Spanien verhaften ließ, wodurch er die erste große Verfassungskrise der BRD-Geschichte auslöste. An der Uni gab es am Montag danach kein anderes Gesprächsthema. Für den Abend rief der AStA zum Protest vor dem Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis auf, in dem Augstein einsaß. Das wurde meine erste Demonstration. Ging es doch um einen als zentral gefeierten westlichen Wert: die Pressefreiheit.

Der Artikel von Conrad Ahlers, der diesen Einsatz staatlicher Übermacht gegen ein Presseorgan auslöste, hatte unter der Überschrift „Bedingt abwehrbereit“ die Fähigkeit der Bundeswehr, ihren Verteidigungsauftrag zu erfüllen, in Zweifel gezogen. Das war brisant zu Zeiten, in denen die militärischen Strategien der NATO und damit der Bundeswehr unter den Aspekten der Effizienz wie der Darstellung gegenüber der Öffentlichkeit diskutiert wurden. Bis vor kurzem hatte noch die Doktrin der „Vorwärtsverteidigung“ gegolten, gemäß der die Sowjetunion durch Atombomben vernichtet werden würde, wenn sie einen Angriff wagen sollte. Und der Kriegsschauplatz dafür begann in den Planungen bei Fulda. Die deutsche, geschönte, Übersetzung des NATO-Begriffs „Forward Strategy“ hatte übrigens der ranghöchste Bundeswehrgeneral Adolf Heusinger, zugleich amtierender Vorsitzender des NATO-Militärausschusses in Brüssel, zur Sprachregelung gemacht. Der General hatte Erfahrung mit dem Vernichten. Im deutschen Ostfeldzug ab 1941 hatte er für das Oberkommando der Wehrmacht die „Partisanenkämpfung“ im Hinterland der vorrückenden Armeen organisiert – ein Tarnname für die Ermordung russischer

Juden und kommunistischer Parteifunktionäre, gemäß dem Hitler-Wort: „Dieser Partisanenkrieg ... gibt uns die Möglichkeit, auszurotten, was sich gegen uns stellt.“ Anfang der sechziger Jahre war die NATO jedoch nicht mehr glücklich darüber, dass ihre Strategie so aggressiv klang, wie sie gemeint war. Deshalb hieß es statt „forward“ jetzt „flexible Response“. Das klang defensiv, meinte aber immer noch die atomare Auslöschung des Gegners. Verteidigung per Genozid, das war und blieb für die NATO-Militärstrategen die zwangsläufige Folgerung aus der Annahme, dass die Landstreitkräfte in Westeuropa nicht ausreichen würden, um den Vormarsch der sowjetischen Panzer stoppen zu können. Und der drohte ja praktisch täglich, weil der Kommunismus an sich böse war.

Ahlers' Artikel machte nicht nur das Dilemma deutlich, in dem die NATO-Strategen steckten, er belegte detailliert die Unfähigkeit der Bundeswehr, irgendeinen Vormarsch auch nur ansatzweise stoppen zu können. Das aber über den „Spiegel“ bekanntzumachen, sei „ein Abgrund von Landesverrat“, wie Kanzler Adenauer vor dem Bundestag in Bonn verkündete. Die späteren Gerichtsverfahren stellten diese Behauptung als gegenstandslos bloß, offenbarten aber einen Abgrund von Rechtsverstößen und Machtmissbrauch seitens der Regierung. Dass Minister Strauß mit einem nächtlichen Anruf bei der deutschen Botschaft in Madrid die spanische Polizei zur Verhaftung von Ahlers in seinem Hotelbett in Torremolinos bewegen konnte, verstieß gegen nationales wie internationales Recht. Dass er dann das Parlament über diesen Anruf belogen hatte, führte immerhin zu einem kleinen Knick in der Karriere. Er verlor sein Ministeramt, zwei Staatssekretäre mussten gehen, und am Ende der Affäre war Adenauer, nach dem Rücktritt aller FDP-Minister, gezwungen, sein Kabinett umzubilden. Hatte also die Pressefreiheit gesiegt?

Das Neue Berlin – eine Marke der
Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH

ISBN 978-3-360-02754-2

© 2023 Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH, Berlin
Alle Rechte der Verbreitung vorbehalten.

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht
gestattet, dieses Werk oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg
zu vervielfältigen oder in Datenbanken aufzunehmen.

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin unter Verwendung von Bild-
material von AdobeStock/Dmitri Stalnuhin

Printed in the EU

www.eulenspiegel.com